



- Beschluss -

<i>Einbringer</i> Politik	Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke
------------------------------	-------------------------------------

<i>Gremium</i> Bürgerschaft (BS)	<i>Sitzungsdatum</i> 02.03.2026	<i>Ergebnis</i> geändert beschlossen
-------------------------------------	------------------------------------	---

Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende im Zusammenhang mit dem Neubau des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums (RBB)

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten folgende Punkte zum Wohnraum für Auszubildende auf dem Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu prüfen:

- (1) Ob und in welcher Form im Zuge des Neubaus des Regionalen Beruflichen Bildungszentrums durch den Landkreis Vorpommern-Greifswald sowie der geplanten Erweiterung der Ausbildungsbereiche zusätzlicher, bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende in Greifswald geschaffen oder vermittelt werden kann.
- (2) Welche Kooperationsmöglichkeiten mit Ausbildungsbetrieben durch Wohnungsunternehmen (insbesondere kommunalen, genossenschaftlichen und privaten) sowie Bildungseinrichtungen bestehen, um Wohnraum gezielt für Auszubildende bereitzustellen (z.B. Kontingentvereinbarungen, Belegungsrechte, zweckgebundene Nutzung oder befristete Wohnmodelle).
- (3) Welchen Beitrag bestehende Beherbergungs- und Übergangswohnangebote (z.B. Hotels, Boardinghäuser, Wohnheime, Jugendwohnen) zur kurz- und mittelfristigen Unterbringung von Auszubildenden leisten können und ob hierfür geeignete Kooperations- oder Rahmenvereinbarungen (z.B. Kontingente, Sonderkonditionen) getroffen werden können.
- (4) Welcher aktuelle und perspektivische Bedarf an Wohnraum für Auszubildende in Greifswald besteht, insbesondere wie viele Auszubildende derzeit einen Wohnraumbedarf in der UHGW haben und wie sich dieser Bedarf voraussichtlich nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Regionalen Beruflichen Bildungszentrums entwickeln wird. Hierzu soll eine strukturierte Abfrage bei den Ausbildungsbetrieben in der UHGW durchgeführt werden, um den konkreten Bedarf an Wohnraum für deren Auszubildende zu ermitteln (z.B. Anzahl der Auszubildenden mit auswärtigem Wohnsitz, erwartete Kohorten in den kommenden Jahren, Bedarf an kurzzeitigen Unterkünften für Blockunterricht und Anteil der Auszubildenden, welche Berufsausbildungsbeihilfe erhalten).

¹(5) *Ergänzend zu Auszubildenden in einer beruflichen Ausbildung sind die beschriebenen Maßnahmen gleichfalls für Personen zu prüfen, die im Rahmen anderer Formen der Ausbildung (ausgenommen Vollzeitstudenten) nach Greifswald kommen. Dies beinhaltet u.a. Praktikanten, Famulanten, Gaststudenten und andere Personengruppen, auch an der Universitätsmedizin bzw. Universität, den außeruniversitären Forschungsinstituten oder vergleichbaren Einrichtungen.*

Die Ergebnisse der Prüfung sind der Bürgerschaft in einer schriftlichen Vorlage darzustellen und – soweit möglich – mit konkreten Handlungsvorschlägen und Prioritäten (inklusive möglicher Kooperationspartner, Förderprogramme und zeitlicher Umsetzungsschritte) zu untersetzen.

¹ Änderungsantrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion Greifswald vom Einbringer übernommen

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	1

Prof. Dr. Madeleine Tolani
Präsidentin der Bürgerschaft